

32
84

Union in Deutschland

Bonn, den 18. Oktober 1984

Bundesminister Dorothee Wilms:

Lehrstellen- katastrophe findet nicht statt

1984 können nahezu alle Jugendlichen mit beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten versorgt werden. Das erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms, zur aktuellen Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Die von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Zahlen und die noch verfügbaren Ausbildungsplatzkapazitäten machen deutlich, daß die von vielen vorhergesagte Lehrstellenkatastrophe auch in diesem Jahr nicht stattfindet. Es gibt noch Probleme, aber diese liegen in einer solchen Größenordnung, daß sie mit vereinten Kräften zu lösen sind.

Einer Gesamtnachfrage nach Ausbildungsplätzen von ca. 760 000 steht derzeit ein Gesamtausbildungsplatzangebot von ca. 720 000 gegenüber. Davon sind zum 30. September rund 700 000 Stellen besetzt. Die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge konnte damit innerhalb von 2 Jahren um ca. 70 000 gesteigert werden. Über 92% der Jugendlichen sind bereits zum 30. September voll versorgt; die Quote wird sich in den nächsten Wochen allein schon deshalb erhöhen, weil bei den Arbeitsämtern zum 30. September noch 21 164 nicht besetzte betriebliche

(Fortsetzung Seite 2)

**In dieser Ausgabe
lesen Sie:**

■ CHINAREISE

Helmut Kohl: Mein Besuch soll ein Signal für langfristige gute Beziehungen sein

Seite 3

■ TREFFEN DER GENERALSEKRETÄRE

Umweltprobleme standen im Mittelpunkt der Beratungen

Seite 7

■ TEMPOLIMIT

Bei Ge- und Verboten sollten die Auswirkungen sehr genau bedacht werden

Seite 8

■ SPD

Zahlreiche Parteiaustritte wegen Zickzackkurs der Sozialdemokraten im Fall Buschhaus

Seite 9

■ BUNDESFACHAUS- SCHÜSSE

Kultur: Grundsätze der CDU zu Schulen in freier Trägerschaft

Sport: Konzept zur Förderung des Leistungssports wird weiterentwickelt

Seite 10/11

■ NRW-WAHL

CDU liegt in den Räten klar vorn

Seite 13

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Flugblatt: Zur Sache

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Unsere Politik für den Mittelstand
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Ausbildungsplätze gemeldet sind. Den bisher 58717 unversorgten Jugendlichen werden durch gemeinsame Anstrengungen der Wirtschaft, der Länder und des Bundes in den nächsten Wochen weitere Ausbildungsangebote gegenüberstehen. Die gesetzlich vorgegebene Datenerhebung zum Stichtag 30. September gibt eine statistische Zwischenbilanz und ist nicht das Ende der Ausbildungsbemühungen. Die jetzt vorgelegten Zahlen eröffnen die Möglichkeit, die notwendigen gezielten Maßnahmen je nach Region und Personengruppe zu ergreifen. Hierfür hat die Bundesregierung vorsorglich seit längerem in enger Abstimmung mit den Verbänden der Wirtschaft, mit den Ländern und mit der Bundesanstalt für Arbeit sowie anderen Beteiligten, die Ausbildungsplätze anbieten oder fördern, die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Im einzelnen sind hierbei folgende Maßnahmen zu nennen:

1. Die Wirtschaft wird in den nächsten Wochen ihre Anstrengungen fortsetzen, freie und freiwerdende Ausbildungsplätze zu besetzen und zusätzliche Plätze bereitzustellen. Dadurch können noch 20000 bis 25000 Bewerber in eine betriebliche Berufsausbildung vermittelt werden.
2. Die Beauftragten der Ministerpräsidenten der Bundesländer haben verstärkte Anstrengungen für die Einrichtung von vollzeitschulischen Ausbildungsmaßnahmen mit Kammer- oder Schulprüfungen zugesagt. Ich halte insgesamt 15000 bis 20000 derartige Ausbildungsplätze für möglich. Hier ist jetzt eine volle bedarfsgerechte Umsetzung erforderlich und vorgesehen.
3. Nach Angaben aus den Ländern werden spezifische Landesprogramme im außerschulischen Bereich ca. 5000 Ausbildungsplätze erbringen.
4. Das Bundeskabinett hat sich auf eine

Aufstockung der Mittel für das Benachteiligtenprogramm über den jetzt vorliegenden Haushaltsansatz 1985 hinaus verstündigt. Es wird dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages einen entsprechenden Vorschlag mit gleichwertigen Einsparungen an anderer Stelle im Etat machen. Die Koalitionsfraktionen haben ebenfalls entsprechende Beschlüsse gefaßt.

5. Außerdem werden durch die Bundesanstalt für Arbeit zusätzliche zielgruppenspezifische Qualifizierungsangebote nach dem Arbeitsförderungsgesetz gemacht. Hier werden 5000 Plätze zur Verfügung gestellt. Die jetzt vorliegende Statistik der Bundesanstalt zeigt, daß das Ausbildungsjahr 1984 insgesamt durch eine außergewöhnliche Steigerung der Gesamtnachfrage der Jugendlichen nach Ausbildungsplätzen gekennzeichnet ist. Diese Nachfrage ist nicht mehr nur demographisch zu erklären. Sie hängt mit der Zunahme der Attraktivität der betrieblichen Ausbildung bei den jungen Menschen und einer begrüßenswerten Änderung im Bildungsverhalten zusammen. Hinter der Nachfragesteigerung stehen aber auch Arbeitsmarktprobleme. Jugendliche, die nach Abschluß einer Erstausbildung keinen Arbeitsplatz finden können, wollen eine weitere berufliche Qualifikation erwerben, um ihre Arbeitsmarktchancen zu erhöhen. Rund 50% der Bewerber sind 18 Jahre oder älter.

Der Zusammenhang zwischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wird auch daran deutlich, daß im süddeutschen Raum in Regionen mit geringer Arbeitslosigkeit fast kein Lehrstellenproblem besteht, in Nordrhein-Westfalen dagegen mit seiner hohen Arbeitslosigkeit ist bei den Ausbildungsplätzen die Zahl der unversorgten Jugendlichen besonders groß.

Das Bildungssystem der dualen Ausbildung kann aber die Probleme des Arbeits-

■ CHINA-REISE

Helmut Kohl: Besuch ein Signal für langfristige gute Beziehungen

„Ich bin mit den Ergebnissen des Besuchs und den Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, mehr als zufrieden“, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl nach seiner sechstägigen China-Reise. „Mein Besuch soll ein Signal sein für eine langfristige intensive Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China. Ein gutes Verhältnis zu China festigt unsere Stellung in der Welt, öffnet der Wirtschaft neue Märkte, gibt der Industrie neue Impulse und sichert Arbeit in unseren Exportbetrieben.“

Anlässlich eines Abendessens, gegeben vom Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Zhao Ziyang, erklärte Helmut Kohl u.a.:

Ihrer Einladung, Herr Ministerpräsident, bin ich mit großer Freude gefolgt. Sie gibt mir die Gelegenheit, Ihrem großen Land wiederzugegnen, das sich mir bei mei-

nem ersten Besuch vor 10 Jahren tief und nachhaltig eingeprägt hat.

Unsere Beziehungen sind schon jetzt ausgezeichnet. Ihre Besonderheit und feste Grundlage sind das große Interesse und die Sympathie, die unsere Völker füreinander empfinden und sie am Geschick des anderen so lebhaft Anteil nehmen lassen. Die Voraussetzungen sind außergewöhnlich gut für die beiderseitige Absicht, das deutsch-chinesische Verhältnis zum gegenseitigen Nutzen noch weiter auszubauen.

Die Volksrepublik China braucht Partner für ihr Jahrhundertwerk der Modernisierung. Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der führenden Industrieländer der Erde. Wir sind willens und interessiert, die große Anstrengung Ihres Landes durch wirtschaftliches und Entwicklungspolitisches Engagement und durch technologischen Austausch zu unterstützen.

Das lebhafte und von uns sehr be-

(Fortsetzung von Seite 2)

marktes nicht lösen. Die Gruppe der noch nicht vermittelten Jugendlichen setzt sich zu 2/3 aus Mädchen, meist mit guter schulischer Vorbildung, zusammen. Der größte Teil dieser Jugendlichen sucht eine Ausbildung in den kaufmännischen und Büroberufen sowie sonstigen Dienstleistungen. Ebenso konzentriert sich der Großteil der Jugendlichen auf Gebiete mit regional-schwacher Wirtschaftsstruktur. Es muß also vor allem darum gehen, regional geziel-

te Angebote vorrangig für Mädchen bereitzuhalten.

Alle Verantwortlichen bekräftigen, daß das Problem der Unterbringung der noch nicht vermittelten Jugendlichen in Ausbildung durch gemeinsames Bemühen gelöst werden kann, daß ein Potential an Ausbildungsmöglichkeiten noch vorhanden ist oder kurzfristig bereitgestellt werden kann und jetzt entsprechend der vorbereiteten und abgestimmten Zielprojektion mobilisiert werden muß.

größte Interesse der Volksrepublik China an Westeuropa trifft sich mit der Absicht der von mir geführten Bundesregierung, die asiatischen Verbindungen meines Landes besonders zu pflegen und zu einem Schwerpunkt unserer Außenpolitik zu machen. Dieser Absicht galten meine Besuche in Japan, Indonesien und Indien vor einem Jahr. Mit meinem Besuch der Volksrepublik China und dem anschließenden Aufenthalt in Pakistan bekräftige ich dieses Ziel meiner Außenpolitik.

Dieser von beiden Seiten gewünschten noch engeren Zusammenarbeit stehen keine ernsthaften bilateralen Probleme im Wege. Auch die Unterschiedlichkeit unserer Gesellschaftsordnungen ist für sie kein entscheidendes Hindernis. Wir gründen unsere Zusammenarbeit auf die gegenseitige Respektierung der Unabhängigkeit und des eigenen Weges des anderen.

Die deutsch-chinesische Zusammenarbeit soll unseren beiden Völkern dienen. Sie ist gegen niemanden gerichtet. Unsere beiden Länder sind geographisch weit voneinander entfernt und haben sich mit unterschiedlichen Lebens- und Umweltbedingungen auseinanderzusetzen. Dennoch leben wir in einer Welt, die wir mit anderen teilen und für die wir Mitverantwortung tragen, vor allem Mitverantwortung für den Frieden.

China ist ein riesiges Land mit der größten Bevölkerung der Erde. Es ruht nach Tradition und Neigung in sich selbst und ist doch heute ein wesentliches und prägendes Element des weltpolitischen Gleichgewichts und damit des Weltfriedens.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Fläche und Bevölkerungszahl eine regionale Mittelmacht und in der exponierten Lage an einer Nahtstelle der Weltpolitik. Sie leistet ihren Beitrag als Mitglied zweier Gemeinschaften: Die Atlantische Allianz

ist eine Wertegemeinschaft und ein Verteidigungsbündnis der Völker der westlichen Welt, die uns Sicherheit gibt. Die Europäische Gemeinschaft bestimmt unsere politische, wirtschaftliche und soziale Zukunft.

Ich sehe es als eine meiner wichtigsten Aufgaben an, daran mitzuwirken, daß Europa auf dem Weg zur politischen Einheit energisch voranschreitet. Nur ein geeintes Europa kann seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden. Die Sympathie, mit der China diese Entwicklung Europas beobachtet, verzeichnen wir mit großer Genugtuung.

Die gemeinsame Mitverantwortung unserer Länder und Völker bezieht sich heute im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen zuallererst auf die Bewahrung des Friedens. Sie ist Voraussetzung für alles andere, unser Überleben, unsere Pläne, Hoffnungen und Ziele. Aber ich betone: Es geht um die Sicherung des Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit.

Freiheit und Unabhängigkeit eines Wehrlosen jedoch sind in ständiger Gefahr – und damit auch der Friede. Daher ist mein Land, ist die westliche Allianz entschlossen, das Gleichgewicht der Kräfte aufrecht zu erhalten, und sie haben das bewiesen.

Genauso entschlossen streben wir danach, dieses Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen herzustellen, mit immer weniger Waffen auf beiden Seiten. So sind und bleiben Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale und hochrangige Bestandteile unserer Sicherheitspolitik. Dies hat die Ratstagung des Bündnisses im Mai dieses Jahres erneut bekräftigt.

Die unverminderte Bereitschaft des Bündnisses zu Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle geht einher mit dem Angebot des Westens an die Sowjet-

union und ihre Verbündeten und weltweit, durch Dialog, durch mehr menschliche Kontakte und wirtschaftliche Zusammenarbeit das west-östliche Verhältnis zu stabilisieren und zu verbessern.

Wenn ich meiner Hoffnung Ausdruck gebe, daß dieses Angebot von allen unseren Nachbarn im Osten schließlich aufgegriffen wird, so deshalb, weil niemand in Europa an der Entwicklung, die zu einer europäischen Friedensordnung führen soll, ein größeres Interesse hat als das deutsche Volk, das in zwei Staaten leben muß.

Ich möchte dankbar würdigen, daß ein Land vom weltpolitischen Gewicht der Volksrepublik China für die Einheit meines Volkes eintritt. Wir werden weiterhin auf einen Zustand des Friedens in ganz Europa hinarbeiten, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dabei sind auch künftig für die Bundesregierung Krieg und Gewalt keine Mittel der Politik.

Es genügt nicht, Frieden, Stabilität und Gleichgewicht im Verhältnis zwischen West und Ost zu sichern. Auch Konflikte und Spannungen in der Dritten Welt beeinflussen die Sicherheit der Völkergemeinschaft.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet ihren Beitrag zu einer friedlichen Lösung

- durch den Ausbau unserer Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt,
- durch unsere auf Frieden und Stabilität gerichteten Initiativen in den Vereinten Nationen und
- durch die Förderung regionaler und interregionaler Zusammenarbeit.

Wir beweisen ein beträchtliches Entwicklungspolitisches Engagement, mit dem wir der Mitverantwortung Rechnung tragen, die die Industrieländer des Westens, aber auch die des Ostens für eine Verbesserung

der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Dritten Welt haben.

Das Streben der Länder der Dritten Welt nach Eigenständigkeit, Ungebundenheit und Freiheit ist für uns ein wichtiger Faktor internationaler Stabilität.

Ich habe an das Streben der Deutschen nach Selbstbestimmung erinnert und festgestellt, daß Konflikte in der Dritten Welt auch unsere Sicherheit berühren. Folgerichtig treten wir für das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker Afghanistans und Kambodschas ein und verlangen den Abzug aller fremden Truppen aus ihren Ländern. Beides gehört zu den wesentlichen Voraussetzungen für eine dauerhafte Lösung.

Unser Verhältnis ist seit Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 12 Jahren zum gegenseitigen Nutzen immer enger geworden. Der politische Dialog hat sich vertieft; Wirtschaft und Handel haben sich ausgeweitet. Eine Reihe von Abkommen geben unserer Zusammenarbeit auf wichtigen Gebieten eine feste Grundlage und gute Ausbaumöglichkeiten.

Eine wichtige Dimension kann ich zu meiner großen Freude hier bei diesem Besuch hinzufügen: Die Bundesrepublik Deutschland wird mit der Volksrepublik China auch die finanzielle Zusammenarbeit aufnehmen und damit die 1982 mit technischer Zusammenarbeit begonnene Kooperation auf entwicklungs-politischem Gebiet vervollständigen.

Unter den Gebieten, auf denen wir noch mehr tun können, möchte ich die kulturellen Beziehungen als erste nennen. Sie sind es, die die Völker besonders fest und dauerhaft miteinander verbinden und die auch Stürme und Belastungen überstehen.

Mir liegen vor allem der Studentenaustausch und die Sprachförderung am Herzen. Sie sind besonders geeignet, das ge-

genseitige Verständnis zu vertiefen und die unmittelbare menschliche Verständigung zu erleichtern. Damit schaffen wir die Grundlagen für engeres Zusammenwirken auch in allen anderen Bereichen.

Die deutsche Wirtschaft ist gewillt und in der Lage, sich noch stärker als bisher an Chinas wirtschaftlicher Modernisierung zu beteiligen. Sie ist insbesondere — auf der Grundlage gegenseitigen Nutzens — zu einem weitreichenden Transfer von Technologie bereit.

Wichtige neue Ansatzpunkte für die wirtschaftliche Zusammenarbeit sehe ich in den Schlüsselbereichen Ihres wirtschaftlichen Aufbaus: Dem Verkehrs- und dem Energiesektor. Hier sind einige Großprojekte im Gespräch, bei denen die deutsche Industrie über besondere Erfahrungen verfügt, die auch Chinas Fortschritt dienen können.

Ich freue mich, daß wir im Verlauf meines Besuchs eine Kooperationsabkommen im Bereich der Binnenschifffahrt unterzeichnen werden.

Als weiteres Feld der Zusammenarbeit nenne ich das chinesische Modernisierungsprogramm für bestehende Industriebetriebe. Hier können gerade die mittleren und kleineren hochspezialisierten Unternehmen meines Landes beratend und helfend mitwirken, Ihr Konzept zur Verbesserung der Produktivität Ihrer Betriebe zu verwirklichen.

Ich nenne die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, die sich heute bereits auf zweiundzwanzig Feldern vollzieht. Voraussetzung für den Aufbau einer modernen Volkswirtschaft ist die Beherrschung moderner Technologien und die Heranbildung von geschulten Fachkräften, von Ingenieuren und Forschern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat immer wieder betont, daß zu einem florieren-

den bilateralen Handel auch ein Transfer moderner Technologie gehört.

Erst vor wenigen Monaten wurden in Bonn ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und eine Vereinbarung über Zusammenarbeit bei der Weltraumtechnik unterzeichnet. Damit haben wir zwei bedeutende Gebiete für unsere wissenschaftliche und industrielle Zusammenarbeit erschlossen. Sie können unseren Beziehungen wichtige Impulse geben.

Herr Ministerpräsident, mein Besuch, bei dem wir nach den Begegnungen unserer Amtsvorgänger in den Jahren 1975 und 1979 das unmittelbare Gespräch auf der Ebene der Regierungschefs fortsetzen, kommt zum rechten Zeitpunkt.

Wir haben bei uns zu Hause einen neuen Aufschwung eingeleitet und damit zugleich bessere Voraussetzungen für unser Wirken nach außen geschaffen. Die besonders große Zahl wichtiger Persönlichkeiten aus dem politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Leben meines Landes, die mich auf dieser Reise begleiten, ist Ausdruck unseres großen Interesses an einer breiten und vielfältigen Zusammenarbeit mit Ihrem Lande.

Bruno Heck als Vorsitzender wiedergewählt

Bundesminister a. D. Bruno Heck wurde auf der Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung erneut für zwei Jahre in seinem Amt als Vorsitzender der Stiftung bestätigt. Gleichzeitig wurden die bisherigen Mitglieder des Vorstandes wiedergewählt und darüber hinaus der Vorstand um vier Mitglieder erweitert: Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann, Professor Paul Mikat (bisher kooptiertes Mitglied), Professor Hans-Peter Schwarz, Köln, und Professor Michael Stürmer, Erlangen.

■ TREFFEN DER GENERALSEKRETÄRE

Umweltprobleme standen im Mittelpunkt der Beratungen

Zentrales Thema des bereits traditionellen Treffens der Generalsekreter der christdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Südtirols und Liechtensteins, das am Samstag, 6. Oktober 1984 in St. Lorenzen beendet wurde, waren die Probleme des grenzüberschreitenden Umweltschutzes. Dabei wurde über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Umweltpolitik insbesondere im Kampf gegen die alarmierenden Waldschäden völlige Übereinstimmung erzielt.

Die Generalsekreter der christdemokratischen Parteien sehen in der Luftverschmutzung eine Hauptursache für die Schädigung der Wälder. Die Bekämpfung der Luftverschmutzung ist daher eine vorrangige Aufgabe in der Umweltpolitik. Die Politiker aus den deutschsprachigen Ländern Mitteleuropas unterstrichen die Notwendigkeit bei der Energiegewinnung, in der industriellen Produktion, in den privaten Haushalten und beim Verkehr eine Verringerung des Schadstoffausstoßes herbeizuführen.

Das Problem der Luftverschmutzung durch Autoabgase stellt einen wichtigen Teilaspekt im Kampf gegen den „sauren Regen“ dar. Die Herabsetzung der Schadstoffgrenzwerte und die Entbleiung des Benzin sind so rasch wie möglich durchzuführen. Die entsprechenden Beschlüsse der deutschen Regierung werden begrüßt, weil die Regierung in Bonn damit Schrittmacherdienste für ganz Europa lei-

stet. Die Vertreter der Schweizer CVP und der Österreichischen Volkspartei unterstreichen ihrerseits die Absicht, noch vor Wirksamwerden der strengen deutschen Vorschriften die Schadstoffgrenzwerte drastisch reduzieren zu wollen.

Grundsätzlich zeigen die Fragen der Benzinentbleiung und Schadstoffreduktion bei den Autoabgasen, daß die Probleme eher mit marktwirtschaftlichen Anreizen als durch dirigistische Eingriffe gelöst werden können. Gerade der Umweltschutz zeigt abermals deutlich, daß es zur modernen Industriegesellschaft keine Alternative gibt, doch gibt es innerhalb der Industriegesellschaft wirtschaftlich und ökologisch vernünftige und humane Alternativen.

Die Generalsekreter von CDU, CSU, ÖVP, CVP, SVP sowie VU und FBP warnen vor Resignation und Mutlosigkeit gegenüber den, zugegeben großen, Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes.

Zur Lösung der Umweltprobleme brauchen wir eine Koalition zwischen einer kompetenten, klar analysierenden Wissenschaft und einer problembewußten, rationalen und zielklaren Politik.

Neben den Beratungen über ein gemeinsames Vorgehen in Umweltfragen diskutierten die Generalsekreter über die wirtschaftliche Entwicklung und die aktuelle politische Situation in den einzelnen Ländern.

Von deutscher Seite nahmen an dem Treffen die Generalsekreter Heiner Geißler und Gerold Tandler (CSU) teil.

■ TEMPOLIMIT

Bei Ge- und Verboten sollten die Auswirkungen sehr genau bedacht werden

Wieder einmal wird die Forderung nach allgemeinen Geschwindigkeitsbeschränkungen laut. Nachdem in der Vergangenheit zunächst aus Gründen der Verkehrssicherheit, dann wegen möglicher Benzineinsparungen ein Tempolimit gefordert wurde, ist es heute der Umweltschutz, der zur Begründung dieser staatlichen Reglementierung herhalten muß. Allerdings werden bis jetzt lediglich theoretische Hochrechnungen über den möglichen Nutzen ange stellt.

Jüngstes Beispiel hierfür sind die Zahlen des Umweltbundesamtes. Danach würde ein Tempolimit den Ausstoß von Stickoxiden um jährlich 182 000 Tonnen verringern. Das wären mehr als 18 Prozent der von Personenwagen ausgestoßenen Menge. Diese Zahl muß jedoch im Gesamtzusammenhang gesehen werden. Wenn man zugrunde legt, daß die Umwelt jährlich mit 3,1 Millionen Tonnen Stickoxiden belastet wird, so beträgt die vom Umweltbundesamt errechnete Menge knapp sechs Prozent.

Ein Gutachten von Prof. Steierwald (Universität Stuttgart) kommt zu dem Ergebnis, daß bei sinkender Geschwindigkeit der Ausstoß von Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffen steigen kann und somit

die Reduzierung der Stickoxide wieder aufgehoben wird.

Außerdem liegt die durchschnittliche Geschwindigkeit für Pkw nach neuesten Messungen der Bundesanstalt für Straßenwesen auf Bundesautobahnen gegenwärtig zwischen 110 und 115 km/h und auf Außerortsstraßen bei 75 km/h. Auf Landstraßen gibt es Tempo 80 also heute schon. Durch eine allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen auf 100 km/h würde nur eine geringfügige Senkung der „tatsächlichen“ Geschwindigkeit erreicht, die folglich die Schadstoffemissionen von Kraftfahrzeugen auch nur unwesentlich verringern könnte.

Im übrigen würde die Tempobeschränkung nur für einen verschwindend geringen Teil der Straßen gelten. In der Bundesrepublik Deutschland haben wir rund 480 000 Kilometer Autostraßen und nur 8 000 Kilometer Autobahn. Für Land- und Stadtstraßen gelten bereits Geschwindigkeitsbeschränkungen. Auf 2 000 Kilometern des 8 000 Kilometer langen Autobahnnetzes bestehen bereits ebenfalls aus unterschiedlichen Gründen Geschwindigkeitsbegrenzungen. Es bleiben also rund 6 000 Autobahnkilometer, die für „Tempo 100“ in Frage kämen.

Bei staatlichen Geboten und Verboten sollten die Voraussetzungen und Auswirkungen sehr genau bedacht werden. Deshalb hat sich die Bundesregierung für einen Großversuch mit konkreten Abgasmessungen bei unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Fahrsituationen entschieden. Die Prüfung aller Ergebnisse wird dann zeigen, ob die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen sowie auf Landstraßen wirklich einen bedeutenden Beitrag zur Verringerung der Schadstoffemissionen von Kraftfahrzeugen leisten könnte.



Zahlreiche Parteiaustritte wegen Zickzackkurs in Buschhaus

Zu den Massenaustritten in der Helmstedter SPD im Zusammenhang mit der arbeitnehmerfeindlichen Haltung der Sozialdemokraten zum Kohlekraftwerk Buschhaus stellt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, fest:

Vor wenigen Tagen besuchten 35 Funktionäre und Mitglieder der IG Bergbau aus dem Helmstedter Braunkohlerevier den Deutschen Bundestag. Zum Abschluß eines längeren Gespräches dankten sie in überzeugender Weise der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der niedersächsischen Landesregierung für das redliche und engagierte Bemühen, beim Meinungsstreit über das Kohlekraftwerk Buschhaus die lebenswichtigen Umweltinteressen mit der Erhaltung der Arbeitsplätze im Südkreis Helmstedt in Übereinstimmung zu bringen.

Die Betriebsräte der BKB haben stets energisch für die Inbetriebnahme von Buschhaus gekämpft. Sie wissen, daß der Südkreis Helmstedt veregenden müßte, wenn die Zukunft der BKB nicht gesichert wird, und sie wissen, daß die überwältigende Mehrzahl der Menschen vor Ort nicht anders denkt. Der Zickzackkurs der SPD, die noch im Frühjahr die Inbetriebnahme von Buschhaus auch ohne Entschwefelungsanlage befürwortete und mit einer späteren Nachrüstung zufrieden war, dann aber um 180 Grad schwenkte und den Bergleuten lediglich inhaltslose Beschäftigungsgarantien versprach, ist

von den Menschen im Helmstedter Braunkohlerevier längst durchschaut worden. Es war ja auch fast bedauernswert, wie im Laufe der Diskussion die SPD-Abgeordneten dieses Raumes mehrfach ihre Meinung ins Gegenteil verkehren mußten.

So ist es kein Wunder, daß der Vorstand des SPD-Unterbezirks Helmstedt zugeben mußte, daß in den letzten Wochen 90 Parteimitglieder, das sind rund fünf Prozent der Gesamtzahl, wegen der Buschhaus-Politik ihre Partei verlassen haben. Die meisten dieser ehemaligen Mitglieder stammen aus den unmittelbar betroffenen Dörfern. Sie gingen, obwohl der BKB-Betriebsrat die Beschäftigten gebeten hatte, in ihrer Partei zu bleiben und für ihre Sache einzustehen. Schließlich mußten sie ja auch sehen, wie unglaublich die SPD mit dem IG-Bergbau-Vorsitzenden Adolf Schmidt umsprang, der zu keiner Minute bereit war, die Interessen der von ihm vertretenen Kollegen zu vergessen.

Während die Helmstedter SPD sich mit dem Problem schwertat, hatte der benachbarte Wolfsburger SPD-Unterbezirk schon längst die grüne Fahne gehißt und scharf gegen die Haltung der Helmstedter Bergleute und ihrer politischen Vertreter polemisiert. So ist es für jedermann sichtbar, daß diese heillos zerstrittene Partei im Helmstedter Revier einen schweren Vertrauensverlust erlitten hat. Die Helmstedter Bergleute wissen, wer ernsthaft für die Arbeitsplätze und zugleich für den Schutz der Umwelt sorgt: die CDU in Hannover und Bonn.

■ PARTEI

Grundsätze der CDU zu Schulen in freier Trägerschaft

Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik „Schulen in freier Trägerschaft“ hat folgenden Grundsatzbeschuß gefaßt:

Das Grundgesetz normiert in Artikel 7, Absatz 4 eine prinzipielle Gleichrangigkeit des staatlichen und nichtstaatlichen Schulwesens. Ersatzschulen erfüllen ebenso wie das staatliche Schulwesen öffentliche Bildungsaufgaben. Aus der verfassungsrechtlich gebotenen Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit folgt jedoch nicht die Gleichartigkeit beider Schulbereiche. Privatschulfreiheit findet im Grundgesetz den Schutz einer institutionellen Garantie. Der Normenbereich des Artikel 7, Absatz 4 GG sichert den Privatschulträgern einen umfassenden Anspruch auf Gewährleistung und aktive Unterstützung der Privatschulfreiheit durch den Staat. Darin liegt zugleich eine Konkretisierung des Elternrechts nach Artikel 6, Absatz 2 GG.

Der Staat hat in Wahrnehmung seiner Fürsorgepflicht gegenüber Schülern und Eltern die Gleichwertigkeit der Schulabschlüsse zu sichern. Schulen in freier Trägerschaft sind im Rahmen der Gesetze frei in der Ausprägung ihres besonderen pädagogischen Profils. Privatschulrechtliche Vorschriften sollen ihre Andersartigkeit gewährleisten und ihren Freiraum anerkennen. Zur gesicherten Wahrnehmung der Privatschulfreiheit zählt bei den Ersatzschulen auch der Anspruch auf staatliche Leistungen. Abschlüsse und Berechtigungen als Ergebnis gleichwertiger Leistungen der Schulen in privater Trägerschaft haben Anspruch auf staatliche Anerkennung.

Unabhängig von der verfassungsrechtlichen Legitimation entspricht die Privatschulfreiheit als ordnungspolitische Konzeption den fundamentalen Vorstellungen der Union. Privatschulfreiheit ist:

- Ausdruck einer pluralistisch verfaßten Gesellschaft;
- Konkretisierung des elterlichen Erziehungsrechts;
- Absage an ein staatliches Schulmonopol;
- praktiziertes Subsidiaritätsprinzip;
- Chance für eigenständige pädagogische Entwicklungen;
- Chance zum Wettbewerb innerhalb des gesamten Schulwesens.

Damit Verfassungsnorm und Verwaltungspraxis sowie die Ziele der Union und ihre konkreten bildungspolitischen Vorgehensweisen gegenüber den Privatschulen sich nicht auseinanderentwickeln, sind folgende Minimalforderungen zu beachten:

1. Der Rückgang der Schülerzahlen darf nicht dazu führen, daß der Bestand des staatlichen Schulwesens auf Kosten der Privatschulen gesichert wird; die Errichtung neuer Privatschulen bleibt weiterhin möglich.
2. Auch bei einer Verschlechterung der öffentlichen Haushaltsslage müssen die finanziellen staatlichen Leistungen an die Privatschulen so bemessen sein, daß diese ihren Bestand sichern, die unabewisbaren Personal- und Sachkosten für einen geordneten Schulbetrieb aufbringen und ihre besondere pädagogische Arbeit fortsetzen können. Eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern muß ausgeschlossen bleiben.
3. Die Sicherung der Privatschulfreiheit ist in erster Linie Aufgabe der Länder. Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik fordert die CDU-Landesverbände und die Mandatsträger der CDU in den Ländern auf, die Privatschulfreiheit in dem durch Artikel 7 GG gegebenen Rahmen in allen Ländern zu sichern.

■ BUNDESFACHAUSSCHUSS SPORT

Konzept zur Förderung des Leistungssports wird weiterentwickelt

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU hat sich auf seiner Sitzung in Bonn mit der Auswertung der Olympischen Spiele 1984 befaßt. Berichterstatter waren Bundestrainer Emil Beck, Leichtathletik-Präsident und NOK-Mitglied Prof. Dr. August Kirsch, Manfred von Richthofen vom Bundesausschuß für Leistungssport sowie Dirk Fischer, MdB, der als Parlamentarier die Spiele in Los Angeles beobachtet hat.

Aus den Berichten und Analysen über die Olympischen Spiele ergeben sich folgende Feststellungen und Forderungen für die zukünftige Arbeit:

1. Die von Bundesregierung und Sportorganisationen bereitgestellten Mittel haben ausgereicht, den Olympiamannschaften aus der Bundesrepublik Deutschland eine erfolgreiche Teilnahme an den Spielen zu ermöglichen. Angesichts der rapiden Entwicklung im Hochleistungssport wird der bisherige Einsatz der Sportförderungsmittel aber nicht ausreichen, den hohen Leistungsstand zu halten. Eine Verbesserung der Sportförderung kann nur über einen effektiveren Mitteleinsatz erzielt werden. Dazu zählen z. B. eine stärkere Ausnutzung der vorhandenen Trainingsmöglichkeiten sowie eine bessere Koordination der Trainingsarbeit auf den verschiedenen Ebenen.

2. Der Trainer als sportlicher, sozialer und psychologischer Betreuer gewinnt in Zukunft noch mehr Bedeutung. Trainerausbildung und -fortbildung sowie Überprüfen

des bisherigen Vergütungssystems sind Aufgaben, denen sich Sport und Politik stellen müssen.

3. Die Spiele von Los Angeles haben gezeigt, daß die Sportler anfälliger für Verletzungen geworden sind. Dies ist auch auf die hohen Anforderungen durch die steigende Zahl von internationalen Begegnungen zurückzuführen. Der Bundesfachausschuß Sport fordert daher, die sportmedizinische Betreuung der Athleten zu verbessern und die sportwissenschaftlichen Erkenntnisse mehr als bisher in die Praxis umzusetzen.

4. Wenn die Bundesrepublik Deutschland ihren Weltrang im Spitzensport halten will, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, in denen sich der Leistungswille der Athleten optimal entfalten kann. Die soziale Betreuung und Absicherung der Sportler ist nach wie vor unzureichend. Frühzeitige Abstimmung zwischen den Erfordernissen des Trainings einerseits und der Wahrung der Chancen in Ausbildung und Beruf andererseits, wie dies bereits beispielhaft im Fechtzentrum Tauberbischofsheim praktiziert wird, ist notwendige Voraussetzung zur Leistungssteigerung.

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU wird gemeinsam mit dem Kreis seiner aktiven Sportler diese Ergebnisse vertiefen und sein Konzept zur Leistungssportförderung weiterentwickeln. Er wird sich schwerpunktmäßig um eine Verbesserung der sozialen Absicherung der Athleten bemühen und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten.

■ WIRTSCHAFT

Neuer Rekord: Inflationsrate sinkt auf 1,5 Prozent

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist erfolgreich. Die neuesten Daten stellen dies erneut unter Beweis: die Preissteigerungsrate liegt heute bei 1,5 Prozent. Dies ist die niedrigste Rate seit 15 Jahren und bedeutet für die Bürger eine Zunahme des Realeinkommens. Die Leistungsbilanz befindet sich im Gleichgewicht. Das Zinsniveau hat in der letzten Zeit leicht nachgegeben. Die Arbeitslosigkeit ist zwar weiterhin sehr hoch, allerdings liegt die Kurzarbeit im September 1984 um 44 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Hatten wir Anfang 1983 noch 1,2 Millionen Kurzarbeiter, so sind es heute nur noch 260 000.

Erfreulicherweise befindet sich unsere Volkswirtschaft nach den langen Tarifauseinandersetzungen des Frühjahrs wieder auf dem Wachstumspfad, stellt Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, fest. Im zweiten Vierteljahr war das Bruttosozialprodukt gegenüber dem ersten Vierteljahr um 1,5 Prozent zurückgegangen. Aufgrund der Auftragseingänge, der Steigerung der Industrieproduktion und des Exports sowie der Anstrengungen vieler Unternehmen, die Produktionseinbußen aufzuholen, erscheint es durchaus realistisch, daß wir das im Jahreswirtschaftsbericht erwartete Wachstum von 2,5 Prozent erreichen werden.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben durch die Haushaltskonsolidierung, die Tarifreform bei der Lohn-

und Einkommensteuer und das Beschäftigungsförderungsgesetz in der Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen geschaffen, daß sich die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch 1985 fortsetzen kann.

Der Gewinn an Kaufkraft ist für die Bürger unseres Landes enorm, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld). Jeder Prozentpunkt unterbliebener Inflation führt bei einem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von etwa 1 100 Milliarden DM in diesem Jahr bei unseren Bürgern zu einem Kaufkraftgewinn von rund 11 Milliarden DM. 1981 stiegen die Verbraucherpreise um 6,3 Prozent und 1982 um 5,3 Prozent. Jetzt sind wir bei 1,5 Prozent angelangt. Das ist gegenüber 1981 in einem Jahr ein Mehr von über 50 Milliarden DM Kaufkraft. Damit steht die zentrale Rolle einer stabilen D-Mark für alle, seien es Arbeitnehmer, Unternehmer, Arbeitslose oder Rentner, außer jedem Zweifel. Das ist mehr als jede Steuerentlastung, jede Sozialmaßnahme oder jede Subvention jemals leisten könnte. Dieser Erfolg kann nicht das Ergebnis von Nichtstun oder einer schlechten Politik sein. Stabiles Geld hat eine richtige Politik zur Voraussetzung. Mit der jetzt erreichten stabilen D-Mark ist die wichtigste Weichenstellung für eine weitere Aufwärtsentwicklung erfolgt.

Die erfolgreiche Sparpolitik seit der Wende und die geplante Steuerentlastung zeigen, daß es mit der Ausbeutung der Bürger durch den Staat ein Ende hat. Für die Zukunft ist es entscheidend, daß die Soziale Marktwirtschaft wieder von einem hohen moralischen Niveau der Bürger getragen wird. Hierzu leistet der Staat seinen Beitrag, wenn er den Bürgern die Früchte ihrer Arbeit beläßt. Das ist das Ziel unserer Stabilitätspolitik, die das Gemeinwohl über partikulare Interessen stellt. Unsere entschlossene Absage an die alles vergiftende Inflationsmentalität wird von unseren Bürgern zunehmend verstanden.

■ NRW-WAHLANALYSE

CDU in den Räten klar vorn

Trotz zum Teil herber Verluste bei den Kommunalwahlen in NRW am 30. September 1984 bleibt die CDU auf kommunaler Ebene die dominierende politische Kraft. Dies ergibt sich aus einer von der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU (KPV) vorgelegten Bilanz auf der Basis aller Kommunen.

Danach hat nämlich die CDU in Nordrhein-Westfalen 9516 Mandate errungen, während die SPD mit nur 8258 Sitzen in Kreistagen und Räten zufrieden sein muß.

Die Verblüffung ist um so größer, weil die CDU mit 42,2 Prozent der Stimmen von insgesamt 3447222 Wählern nur auf den zweiten Platz kam. Die SPD hingegen wurde zum offiziellen Sieger erklärt, da sie 42,5 Prozent auf sich vereinte und dies mit der Gunst von 3469962 Wählern.

Des Rätsels Lösung liegt — laut NRZ — im Kommunalwahlgesetz begründet. Danach hat eine Gemeinde mit 5000 Einwohnern 21 Ratsmandate zu vergeben, es kommt also auf 238 Einwohner ein Sitz im Kommunalparlament. In einer Stadt von 30000 Einwohnern stehen 45 Ratssitze zur Verfügung, hier müssen aber für ein Mandat 666 Einwohner gewonnen werden. In einer Kommune mit 700000 Einwohnern hat der Rat der Stadt 91 Mitglieder, auf 7692 Einwohner kommt ein Mandat.

Da die SPD vorrangig in größeren Städten ihren Wahlsieg errang, während die CDU in vielen mittleren und kleinen Gemeinden erfolgreich war, ergeben sich die auffallenden Mandatsunterschiede. Darüber hinaus profitierte die CDU mehr als die SPD aus der „politischen Konkurrenz“ der FDP“.

Kommunale Mandate in Nordrhein-Westfalen

Wahlen am 30. September 1984

Wahlgebiet		CDU	SPD	FDP	Grüne	Sonst.	=
Kreise	31 Kreistage	975	782	79	163	8	2007
*)	371 Städte und Gemeinden	6828	5411	557	731	573	14100
kreisfreie Städte	23 Räte	612	749	32	129	29	1551
	155 Bezirksvertretungen	1101	1316	64	226	20	2727
in	580 Vertretungen	9516	8258	732	1249	630	20385
= in %		46,68	40,51	3,59	6,13	3,09	100,00

*) In 2 Gemeinden (Titz und Kürten) sind Nachwahlen erforderlich. Diese Gemeinden konnten infolgedessen hier nicht erfaßt werden.

■ ZIVILDIENST

Neuregelung des Gesetzes hat sich bewährt

Die Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsrechtes ermöglicht einen raschen Abbau des Antragsstaus, eine zügige Behandlung aller Neuanträge und führt damit zu steigenden Zivildienstleistendenzahlen, obwohl die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung um 28 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren gesunken ist.

Im neuen schriftlichen Verfahren wurden bereits in diesem Jahr 20 000 Antragsteller anerkannt. 32 Anträge wurden abgelehnt, weil die Antragsteller keine vom Grundgesetz geschützten Gewissensgründe angegeben hatten, 337 Anträge wurden trotz mehrfacher Aufforderung nicht vervollständigt, daher konnten die Antragsteller nicht anerkannt werden. Die Neuregelung hat sich als ein rasches und faires Verfahren erwiesen, sie hat sich bewährt, stellte Bundesjugendminister Heiner Geißler in Bonn fest.

Im Oktober 1984 leisten 41 000 Zivildienstleistende in 13 319 Beschäftigungsstellen ihren Dienst in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Behinderteneinrichtungen, in anderen sozialen Diensten und im Umweltschutz. Das ist ein neuer Höchststand, der durch den Abbau des Antragsstaus entstanden ist. Durch die Bereitstellung von Aufwandszuschüssen ist dafür Sorge getragen, daß die notwendigen Zivildienstplätze auch zur Verfügung gestellt werden. Jeder Zivildienstpflichtige wird auch tatsächlich zur Ableistung seines Zivildienstes herangezogen. Dies wird durch

eine Steigerung der Platzzahlen im Zivildienst gesichert, wobei auch neue Einsatzfelder erschlossen werden.

In einem Modellversuch in Köln, der in Zusammenarbeit mit den örtlichen Krankenanstalten geschieht, wird derzeit der Einsatz von 60 Zivildienstleistenden in der nachsorgenden Betreuung von Krankenhauspatienten erprobt. Die Zivildienstleistenden treffen bereits im Krankenhaus mit den Patienten zusammen, die nach ihrer Entlassung Hilfen zur Erhaltung und Erweiterung von Kontakten zur Umwelt, Hilfen im Haushalt und pflegerische Hilfen benötigen und werden dort auf diese Tätigkeiten vorbereitet. Nach der Entlassung von Patienten betreuen die Zivildienstleistenden diese in ihrer Wohnung. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, hat das Prognos Institut beauftragt, diesen Versuch wissenschaftlich zu begleiten und auszuwerten und die Möglichkeiten und Bedingungen eines sinnvollen Einsatzes von Zivildienstleistenden in der Krankenhausnachsorge zu ermitteln.

Die durch die Forschung gewonnenen Erkenntnisse sollen die Basis für die grundsätzliche Entscheidung darüber sein, ob in Zukunft bundesweit Zivildienstleistende in der Krankenhausnachsorge eingesetzt werden sollen. Inzwischen hat das Prognos Institut einen Zwischenbericht über den Stand des Modellversuches abgegeben. Hierbei sind die positiven Auswirkungen einer solchen Krankenhausnachsorge schon durch die ersten Ergebnisse zu erkennen: Für die betroffenen Patienten verkürzt sich die Dauer des Aufenthaltes im Krankenhaus, weniger Patienten müssen in eine Heimunterbringung eingewiesen werden, und die selbstverantwortliche Lebensführung der Betroffenen wird nachweislich gestärkt. Zivildienstleistende helfen bei der Haushaltsführung, bei der Körperpflege, bei Gehübungen und bei Sprechübungen.

Zur Sache:

Die von der SPD angekündigte „Katastrophe“ findet nicht statt

Lehrstellen - Rekord 1984

Auch 1984 ist wieder ein Rekord-Jahr:

X Noch nie hat es in der Bundesrepublik Deutschland so viele Lehrlinge gegeben.

X Noch nie hat es gleichzeitig so viele Ausbildungsplätze gegeben.

Seit die Regierung Helmut Kohl im Amt ist, konnte die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze um 70.000 erhöht werden. In Mark und Pfennig heißt das: Eine Milliarde Mark zusätzlich für die Berufsausbildung.

Bis zum 30. September 1984 konnten bereits 700.000 junge Menschen einen Ausbildungsvertrag abschließen.

Das sind 92 Prozent aller Bewerber. Lediglich 58.000 Jugendliche suchen noch eine Lehrstelle. Doch die Arbeitsämter haben noch 21.000 offene Plätze zu vergeben. Und die Wirtschaft will ihr Angebot noch einmal erhöhen.

Auch die Bundesregierung hat kräftig zugelegt:

X Fast 30.000 Lehrlinge konnten in diesem Jahr ihre Berufsausbildung beim Bund beginnen.

X Die Mittel für das „Benachteiligtenprogramm“ wurden um 150 Prozent erhöht.

Der Bund ist mit gutem Beispiel vorangegangen.

CDU

 **sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Zum Beispiel Wuppertal

Als erste Großstadt in der Bundesrepublik hat Wuppertal eine grüne Bürgermeisterin. Sie ist neben einem CDU-Kollegen einer der Stellvertreter des neuen Stadtoberhaupts, in dessen Amt ebenfalls eine Frau gewählt wurde. Die Entscheidung des Rats hat eine Reihe von Pi-kanteren.

Immerhin handelt es sich um die Stadt, in der Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau beheimatet ist, in der er selbst einmal zeitweilig die Kette des Oberbürgermeisters getragen hat. Die Entscheidung über das rot-grüne Bündnis fiel an demselben Tag, an dem Rau den Grünen abermals die kalte Schulter gezeigt hat, falls diese bei der Landtagswahl im Mai nächsten Jahres als Mehrheitsbeschaffer der SPD gebraucht werde und zu radikale Bedingungen gestellt habe.

Wenn auf kommunaler Ebene Machtverschiebungen eintreten, gibt es auch immer Akzentverschiebungen in der Politik vor Ort. Die Grünen jedoch — das wird jetzt am Beispiel Wuppertal deutlich — geben sich mit kleinen Korrekturen nicht zufrieden. Sie sind willens und in der Lage, eine Stadt zu verändern — sei es nun zum Guten oder zum Schlechten des Bürgers,

wobei fast immer noch zu diskutieren ist, was sich als nützlich oder nachteilig herausstellen wird.

Wie auch immer: Wuppertals Bürger werden bald zu spüren bekommen, was die kleine Truppe der Grünen in ihrem Rat zu bewirken vermag. Eine besonders komfortable und breit angelegte Landstraße, seit Jahren im Bau, wird jetzt nicht vollendet. Dabei war es gerade die SPD, die sich für diesen Schnellweg, der eines der schönsten Waldgebiete des Bergischen Landes zerschneiden sollte, eingesetzt hat. Was bleibt? Verschlammte Trassen, Brücken, die ihre Funktion verloren haben, kostspielige Schallschutzmauern, die für viel Lärm um nichts errichtet wurden. Dafür wurden Tausende von Bäumen gefällt.

Man kann darüber diskutieren, ob es richtig ist, daß dieses Monstrum nicht gebaut wird, daß auch andere Straßenbauprojekte zu den Akten kommen, daß man sich künftig auf Radfahrwege konzentrieren will, Industriegelände in Schrebergärten umwandelt, aus Kernkraftanlagen aussteigt, im Winter kein Streusalz mehr verwenden will, aber es ist auch deprimierend zu beobachten, wie die bislang alleinregierende SPD um des Bündnisses mit den Grünen willen vieles über die Wupper gehen läßt, was sie bislang als nützlich, vertretbar oder gar dringend erforderlich betrachtet hat. So schnell geht das, wenn man einen Bündnispartner braucht.

Kölnerische Rundschau, 16. Oktober 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verleihung: Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.